

28.08.2014

Frau Rose

2858

L 6

Vorlage für die Sitzung des Senats am 02.09.2014

„Genitalverstümmelung bei Frauen und Mädchen“

(Anfrage für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag))

Die Fraktion der CDU hat folgende Anfrage für die Fragestunde gestellt:

„Wir fragen den Senat:

1. Wie haben sich die Zahlen im Bereich Genitalverstümmelung von Frauen und Mädchen 2013 und 2014 entwickelt?
2. Wie werden in Bremen ankommende Flüchtlinge aus betroffenen Regionen über medizinische Anlaufstellen und Hilfsangebote aufgeklärt?
3. Wurde die vom Senat 2013 angekündigte Liste mit Ansprechpartnern für Opfer von Genitalverstümmelung bereits vorgelegt und unter den Gynäkologen verteilt?“

Der Senat beantwortet die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1:

Aus den Jahren 2013 und 2014, Stand: Ende Juli, sind der Polizei Bremen und der Ortspolizeibehörde Bremerhaven keine Fälle von Genitalverstümmelung von Frauen und Mädchen bekannt.

Zu Frage 2:

Grundsätzlich erschweren Kommunikations- und Vertrauensprobleme in der ersten Phase der Migration unmittelbar nach der Ankunft das Erkennen der unter diese Problematik fallenden Flüchtlinge. Angesichts kulturell bedingter Schranken und Schamgrenzen muss das Thema mit äußerster Sensibilität behandelt werden. Fallen jedoch Hinweise auf das mögliche Vorliegen einer Genitalverstümmelung auf, wird das Gespräch mit der notwendigen Behutsamkeit gesucht. Die Ärztinnen des Gesundheitsprogramms sind dafür sensibilisiert. Im Rahmen des Erstuntersuchungsprogramms werden Flüchtlinge mit Hinweis auf einschlägige Beschwerden zudem zu niedergelassenen Frauenärztinnen und Frauenärzten überwiesen.

In Übergangswohnheimen steht eine Frauenärztin oder ein Frauenarzt auch für Vorsorgeuntersuchungen zur Verfügung. Die Ärztinnen des Gesundheitsprogramms weisen regelmäßig auf diese Angebote hin. Information und Aufklärung über Genitalverstümmelung und Behandlungsmöglichkeiten ist schließlich auch Aufgabe der niedergelassenen Frauenärztinnen und Frauenärzte.

Zu Frage 3:

Der Berufsverband der Frauenärzte in Bremen hat nach der Befragung von Mitgliedern eine Liste von gynäkologischen Praxen erstellt, die sich als Ansprechpartnerinnen für betroffene Frauen zur Verfügung stellen. Diese Liste ist über die Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau an Beratungseinrichtungen und Multiplikatorinnen verteilt worden.